

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der wöchentlichen Beilage Leben, Wissen, Kunst
für den Frauen- und Jugendzweig einschließlich Frangiergeld monatlich 90 Pf.
Durch die Post bezogen monatlich 1.25, unter Kreuzband für Deutschland und
Czechoslovakien 1.50. — Preis der Einzelhefte mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Jungferstraße 14, Tel. 1769.
Geschäftstagen von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gesetzlich vorgeschriebene Gebühr mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Gesamtanzahl 20 Pf. Insete müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Vorhand zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Nr. 20.

Dresden, Mittwoch den 26. Januar 1910.

21. Jahrg.

Schnapsjunker und Trinker.

Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die hochge-
ordneten Fürsten, Grafen, Barone und die Junker minderen
Ranges einen erheblichen Teil ihrer reichen Einkünfte, dank der
Belastung unseres Branntweinsteuergesetzes, aus den Taschen
der Käufer beziehen. Denn wer konsumiert eigentlich den
Schnaps, den sie auf ihren Gütern herstellen lassen? Sie selbst
kaufen gewiß nicht. Sie pflegen ihrem Leibe etwas Besseres — das
wird ihnen als das gütige Geißel; Sekt und Rotzwein — das
wird ihnen sehr gut — und beförmlicher, und wenn sie einmal
zu Schlemmen mit Feuerwasser puzen wollen, dann greifen sie
zu französischem Cognac oder einem feinen Likör. Auch in der
großen Masse des Bürgertums spielt der regelmäßige oder
gelegentliche Branntweingenuss nur eine untergeordnete Rolle.
Die höheren Schichten bevorzugen als Tafelgetränk den Wein,
als Kneipstoff das sogenannte echte Bier und wohl auch Wein.
Cognac, gute Getreidebrände oder Kräuterliköre nimmt man
in diesen Kreisen nur etwa zum Kaffe nach der Mittagsmahl-
zeit. Etwas mehr Schnaps trinkt erfahrungsgemäß schon das
Mittelbürgertum, das bis vor nicht sehr langer Zeit sogar in
der Verbindung des Genusses von obergärigen Bier mit
Branntwein sein charakteristisches Merkmal sah; aber auch hier
hat mit der wachsenden Verdrängung des obergärigen Bieres
und seinem Ersatz durch untergäriges Bier der Branntwein-
verbrauch sehr erheblich nachgelassen. Bleibt also schließlich als
eigentliche Massenkonsumtion des Brannt-
weins nur die Arbeiterklasse. Analysieren wir
aber ihre Verhältnisse, so finden wir in ihr in bezug auf Brannt-
weingebrauch beinahe gerade so starke Unterschiede, wie wir
sie in der Gesellschaft als einem Ganzen soeben aufgedeckt
haben. Die starke Schicht der großindustriellen Arbeiterklasse
hat aus verschiedenen Gründen dem Schnapsgegnen schon lange
in der Hauptstadt entzogen; ihre ganze Lebensweise leitet sie,
sofern sie überhaupt regelmäßig alkoholische Getränke zu ver-
zehren pflegen, mehr und mehr zum Vergnügen hin. Nur die
unterste Schicht des städtischen Proletariats und die unter ganz
anderen Verhältnissen und Lebensbedingungen lebende länd-
liche Arbeiterklasse stellt das Massenheer der Schnaps-
trinker. Es gehören dazu die Kerne der Armen, die meisten Men-
schen, die sich kein anderes Genusmittel verschaffen können,
die immer geneigt sind, sich über die Schallheit ihres Daseins und
eine Trübsal durch einen kräftigen Schluck aus der Flasche
hinwegzutun. Die meisten lassen es immerhin bei diesem
einen Schluck bewenden, sind sparsam und vorständig in dem
Gebrauch des gefährlichen Getränks, andere aber — und dieser
sind leider noch viel zu viele — haben die Kraft der Selbst-
beherrschung in der langen Trübsal oder infolge einer ver-
hängnisvollen erblichen Belastung verloren und trinken nicht
mehr, sondern saufen. Diese gewohnheitsmäßigen Trinker,
diese Säufer, sind die besten Kunden der schnapsbrennenden
Junker!

Wir behaupten nicht zu viel, sondern wahrscheinlich viel
zu wenig, wenn wir sagen, daß wir ein Viertel aller Gefäng-
nisse, die Hälfte der Krankenhäuser und Irrenanstalten schließen
könnten, wenn dem übermäßigen Schnapsgegnen in unserer
Bevölkerung radikal ein Ende gemacht würde. Darum kämpfen
wir auch gegen die Schnapspest mit jedem denkbaren Mittel.
Aber wenn auf irgendeinem Gebiete, so gilt auf diesem das
Wort: Alles verlohnen, heißt alles verzeihen. Der traurige
körperliche Zustand der Angehörigen der armen Bevölkerung,
die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage, vor allem das
schmerzvolle Wohnungsproblem sind die Wurzeln der Schnaps-
pest. Die Trunksucht ist in jedem Falle heil-
bar, wenn es gelingt, ihre Opfer in bessere Lebensumstände
zu bringen. Und die Tatsache der angeborenen Reigung zum
Schnapsgegnen bedeutet offenbar doch nur, daß eine frühere
Generation schon der durchgreifenden Verbesserung der Ver-
hältnisse bedürftig hätte, damit sie keine Gelegenheit gehabt
hätte, das furchtbare Vergnügen ihrer Nachkommenheit ein-
zuflößen. Trunksüchtige Eltern erzeugen trunksüchtige
Kinder oder trunksüchtige Großkinder. Wenn lebendige Ver-
hältnisse die Wahrheit dieses Satzes zu verneinen scheinen, so nur
deshalb, weil erstens die Reigung zum Trunk nicht allein ver-
erbt wird, sondern mit ihr auch viele andere, bessere Anlagen,
und weil zweitens wirtschaftliche oder soziale Umstände auf die
Zurückdrängung des verhängnisvollen Triebes kräftig ein-
wirken.

Man hat oft darüber geschrieben, ob das Elend mehr die
Trunksucht fördere oder die Trunksucht mehr das Elend. Dieser
Streit ist ziemlich müßig; es bestehen hier Tursdrehungen
und Wechselwirkungen, die aufzudecken und in ihrer Wirkung
gegeneinander abzuwiegen oft sehr schwierig, manchmal sicher
ganz unmöglich ist. Jedenfalls kann kein verständiger Mensch
leugnen, daß die Gefahr der Trunksucht mit schlechten wirt-
schaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen wächst.

Befähigt muß die Gesellschaft in ihrem eigenen Interesse
wie in dem der Einzelmenschen beständig bemüht sein, die
sozialen Verhältnisse zu verbessern. Es gibt heute niemand,
der die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Alkohol zu be-
zweifeln wagt. Im Gegenteil, bis zum Uebermaß hören wir
das scheinbelle Gerede von der Bekämpfung der Trunksucht
und von der Eindämmung des Faselgenusses. Beide, die

heimlich Wein zu trinken pflegen, haben eine besondere Fertig-
keit in der öffentlichen Wasserpredigt. Und unsere Junker
pflegen die Verteuerung des Spiritus durch ihre Liebesgabe
nicht zuletzt mit der Bemerkung zu verteidigen, die Erhöhung
des Preises für Trinkbranntwein müsse ja notwendig eine
Einschränkung des Genusses zur Folge haben.

Nun wohl. Nehmen sie einmal an, diese Behauptung
entspreche den Tatsachen — ob es sich wirklich so verhält, wollen
wir einstweilen dahingestellt sein lassen. Wenn man wirklich
stichhaltige Gründe für die Annahme hat oder zu haben glaubt,
daß die Schnapspest durch Verteuerung des Branntweins ver-
mindert wird, dann darf kein Staat, der den Anspruch darauf
macht, eine sittliche Organisation zu sein, die einlaufenden
Branntweinsteuern als einen Teil seiner regelmäßigen
Einnahmen betrachten. Denn wenn er das tut, so sagt er
damit, daß er ein Interesse daran hat, das soziale Uebel der
Trunksucht weiter bestehen und wachsen zu lassen. Aber der
Branntweinsteuer ganz oder zum Teil eine sozialpoli-
tische Aufgabe zuzuwenden, nämlich den übermäßigen Schnaps-
gegnen einzudämmen, der muß von diesem Prinzip aus die aus
dem Branntwein fließenden Steuererlöse ganz oder doch zu-
nächst zum großen Teil demselben Zweck nutzbar machen,
nämlich sie zur Bekämpfung der Trunksucht
verwenden. Wie das geschehen kann? Nun, man muß
offenbar und vor allem in dem Leben der am argsten durch
Schnapsgegnen verunmündeten Gesellschaftsschichten mit solchen
Verbesserungen beginnen, durch die der Branntwein seine An-
ziehungskraft erfahrungsgemäß verliert. Verbesserungen der
Wohnungsverhältnisse der Arbeiter gehören in erster Linie
hierher. Die kulturfördernde Verwendung der Branntwein-
steuer würde eine Erhöhung der Kaufkraft der Arbeiterklasse
herbeiführen, die überreichlich zur Unterhaltung und Weiter-
entwicklung der neuen Kultureinrichtungen genügen wird,
gegebenfalls auch der Grundlage eines Aufstiegsverkehrs
privater und kommunaler oder staatlicher Unternehmungen.

Unsere Vertreter beantragten in der dritten Lesung des
Branntweinsteuergesetzes am 9. Juli 1909 die Einfügung
eines Paragraphen, wonach der sechste Teil des Einkommens
aus der Branntweinsteuer alljährlich nach Maßgabe besonderer
gesetzlicher Bestimmungen dazu verwendet werden sollte, die
Trunksucht in Deutschland zu bekämpfen.
Dieser Antrag fand nur auf der rechten Seite des Reichstags
prinzipielle Zustimmung; die liberalen Parteien billigten
den ihm zugrunde liegenden Gedanken, wenn sie auch eine sehr
erhebliche Abschwächung vorschlugen; sie wollten nur den
hundertsten Teil zu dem genannten Zweck zurückgestellt
wissen. Aber auch dieser Antrag wurde schließlich abgelehnt;
nur 151 Abgeordnete stimmten mit ja, 207 mit nein und 7
enthielten sich der Abstimmung.

Hier zeigte sich wieder einmal, wie wenig bei sozial-
politischen Gelegenheiten mit der Taktik der Abschwächung erreicht
wird. Denn mehr als abgelehnt konnte der Antrag doch offen-
bar überhaupt nicht werden! Eine Tatsache ist aber, daß an
eine wirklich durchgreifende Bekämpfung der Schnapspest mit
Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, Einrichtung von
Trinkerheimstätten, Beschaffung von Volksbibliotheken und Er-
holungsstätten im Gesamtgebiet des Deutschen Reiches gar nicht
zu denken ist, wenn man dafür nicht mehr als ein bis zwei
Millionen Mark jährlich aufwenden will. Dazu ist vielmehr
mindestens die von den Sozialdemokraten geforderte Summe
von rund 15 bis 20 Millionen Mark im Jahre notwendig.
Indessen — es hat nicht sollen sein. Der erste Versuch, nach
dem Vorbilde der Schweiz und der skandinavischen Staaten
die Bekämpfung der Trunksucht durch den Staat zu organi-
sieren, ist gescheitert. Das halbe Interessenbündnis
zwischen Junker und Säufer ist erhalten geblieben als ein
Zeichen der sozialen Rückständigkeit des Deutschlands vom
Anfange des zwanzigsten Jahrhunderts.

Dafür hat aber dann das organisierte Proletariat auf
einer anderen Grundlage den Kampf gegen die Schnapspest
durch den Leipziger Sozialistenausschuss aufgenommen,
der bisher eine durchaus erfreuliche Wirkung verspüren
läßt. Aber auch ohne den moralischen Zwang eines solchen
formalen Beschlusses darf das Proletariat in der Jurid-
kammer der Schnapspest nicht müde werden; das ist seine
einfache Pflicht der Selbsterhaltung.

Koloniales.

Diamantendebatte.

Die Beratung des südafrikanischen Nachtragsetzes im
Reichstage am Dienstag gestaltete sich, wie vorauszusagen war,
zu einer Diamantendebatte. Am Diamanten drehte sich das Referat
des Reichstagssekretärs Semler, um Diamanten die langatmige Rede
Erzberger, um Diamanten der furchtbar matte und langweilige
Nekros des Reichstagspräsidenten Dernburg.

Der Südafrikaner Kraker spielte natürlich in der Debatte
eine große Rolle. Unsere Leser kennen die besten Bekämpfer
der Diamantendebatte, die am Südafrikaner Bürgermeister
ihren Führer und wie es scheint am Gouverneur und Reichstags-
sekretär Schumann einen ganz oder halb geborenen Gegner hat.
Im Streit mit den Südafrikanern ist das Recht unweifel-

haft auf Dernburgs Seite. Das bestritt auch niemand im Reichs-
tage, obwohl der nationalliberale Kolonialkommissar Arning wie ein
geriffener Rechtsanwalt auf milde Umstände für die Kraker
plädierte. Besonders hat die Kommission auf Einzelantrag
einstimmig Übergang zur Tagesordnung über das im Certainen
Kontinent gebaltene Telegamm der Diamantendebatte beschlossen.
Selbstredend bedeutet unter Eintreten für Dernburg in diesem
Spezialfall in seiner Weise eine Zustimmung zu der Kolonial-
politik des Herrn Dernburg. Mit großer Klarheit brachte Ge-
nosse Ledebour unsere unbedingte Ablehnung dieser ganzen Kolonial-
politik zum Ausdruck. — Am Mittwoch wird die Debatte fort-
gesetzt.

Aus der Subjektmission.

Südafrikaner Straßendemonstrationen. —
Unglaubliche Schlampeereien. — 45 000 R. für ein
Kab. — Ungebührliche Reaktionen. — 200 000
Unterbojen zu verkaufen!

Die Beratung des Etats für Südafrika wurde am
Dienstag in der Subjektmission des Reichstags fortgesetzt.
Beim Titel „Behalt des Gouverneurs“ teilte der Referent
mit, daß nach telegraphischer Meldung die Südafrikaner dem
Gouverneur und dem Bürgermeister Kraker als Demonstration
gegen die Beschlüsse der Reichstagskommission einen Protest
gehandelt haben. Danach mußte der Gouverneur sich die Demonstration
haben gefallen lassen. Es sei auffällig, daß der Gouverneur fort-
gesetzt gegen das Kolonialamt ausgespielt werde. Gegen die Be-
schlüsse des Herrn v. Schumann seien allerlei Bedenken zu
äußern. Da genaue Nachrichten über den Vorgang nicht vorliegen,
wurde der Fall nicht weiter erörtert. Hg. Ledebour (Soz.)
meinte, das Recht auf Straßendemonstrationen müsse auch den
Südafrikanern zugestanden werden. Schumann habe durch seine
Reden im vorigen Jahre gezeigt, daß er sich viel zu sehr unter dem
Einfluß der Windhuker und Südafrikaner begeben habe.

Eine Anzahl angeforderten neuer Beamtenstellen wurde be-
willigt. Für die Landespolizei werden die Ausgaben wesent-
lich erhöht; die Zahl der Polizisten wird vermehrt. Für die Re-
zeisen, Umzugskosten usw. werden 550 000 R. d. L.
100 000 R. mehr als im Vorjahre, gefordert. Mittelteil wurde,
daß manche Beamte bei der Ausreise nach Afrika an den Gehalts-
müssen über 1000 R. sparen können. Der Vertreter des Reichs-
schatzamtes teilte mit, daß demnach die Neuregelung des Re-
zeisenwesens erfolgt. Die Regelung der Materie ist recht schwierig
sein. Darauf wurde geantwortet, daß die Neuregelung schon seit
15 Jahren die Neuregelung in Aussicht stelle, aber nicht voran-
kommen. Schließlich wurde die Sache in Brechen geschickt über-
lassen und der Reichstag habe dann wieder nicht zu sagen. Es wurde
eine Weile darüber getreibe, ob man einen Abbruch beschließen solle.
Da dann aber die Vermutung den Staatskanzler einseh überstreiten
würde, ließ die Kommission die Summe passieren, weil der Reichstag
kein Nachmittel hat, seinen Willen durchzusetzen.

In Militäransuchen werden für Südwest noch 14 451 190 R.
gefordert. Die denselben Streifen haben diese große Summe
zu zahlen. Der Verwaltungsapparat der Truppe ist außerordentlich
groß. Das soll notwendig sein, um die Kriegsbekämpfung zu vollenden.
Die Intendanten haben viele Prozesse zu führen. Eine Anzahl
Armer will im Lagerwege unverschämte Entschädigungsansprüche
durchsetzen; ein Mann fordert für ein abgefahrenes Kab 45 000 R.
Entschädigung für entgangenen Verdienst. Aber auch gescheiterte
Waffenfabrik müssen Prozesse geführt werden. Ganz heillosig wurde
berichtet, daß Stadtführer allein ihnen von der Verwaltung an-
vertraute Werke, Coffen und Wagen im Werte von einer halben
Million Mark gestohlen haben resp. die Personalbeurteilung
große Schäden an Ausrüstungsgegenständen sind nach und nach zu
verzeichnen. Während der Helbaues ist ausnahmslos gestrichelt
worden. Dernburg teilt mit, daß manchmal zwei oder drei
Beute, ohne auseinander zu wissen, Verteilungen gemacht haben.
Da ist dann das Drei- oder Vierfache herausgeschickt worden von dem,
was nötig war, und wird jetzt billig abzugeben; er habe
noch 200 000 Unterbojen und 500 000 Paar Strümpfe zu verkaufen.
Für sehr
Angefragt wurde, eine Anzahl Beamtenstellen zu streichen. Für sehr
Angefragt wurde, eine Anzahl Beamtenstellen noch 34 Unter-
schleifer zu. Auch andere Stellen erscheinen wenig notwendig.
Die Beschäftigung wurde aufgehoben.

Wichtig sind die Kosten der Verformung der Südwest-
afrikanischen Inseln. Es sind dafür 4 024 500 R. erforderlich,
und 140 Offiziere und obere Beamte sowie 7600 Mannschaften und
Unterbeamte erhalten Renten.

Gegen die Russifizierung Finnlands.

Der sozialdemokratische Parteivorstand Finnlands veröffent-
licht zu den am 1. Februar stattfindenden Landtagswahlen folgen-
den Aufruf:

Proletariat Finnlands, set dich für die Sozialdemo-
kratie ein! Alle kann nur die Sozialdemo-
kratie bringen! Abermals haben wir Kauten! Warum?
Was will man mit der Rückung der Volkvertretung in jedem
Jahre bezwecken? Nichts anderes, als das Proletariat zu er-
lösen, seine Rechte zu sprengen, ihm die Kraft zu rauben, an
der Spitze des Nationalitätskampfes zu halten. Die Gewalttäter
hoffen das allgemeine Stimmrecht, das das Proletariat sich in
schweren Kämpfen errungen hat. Sie hoffen auch die Volkver-
tretung, weil die Stimme des Proletariats dort so mächtig hallt.

Die politische Lage des Landes hat sich fortgesetzt ver-
schlechtert. Die russische Regierung wird sich an die innere
Autonomie Finnlands ganz zu schließen. Die Nationalfrage ist
bereits — gegen die Verfassung — zu einer „gemäßigten“
erklärt worden und die Konstitutionsänderungen werden wider-